

Frage beantworten, wo wir bei dem wachsenden Wettkampf um junge Leute auch selber junge Leute ausbilden. Wir müssen in den unterschiedlichen Bereichen die Voraussetzungen dafür schaffen. Wir werden die Einstellungsermächtigungen auf 563 steigern. Deswegen können mehr junge Menschen eingestellt werden.

Bei der technischen Infrastruktur – dazu habe ich bereits etwas gesagt – im Polizeibereich und hier insbesondere im Digitalfunk sind die Voraussetzungen geschaffen worden.

Ich will nur noch einen Punkt benennen und es dann, weil meine Redezeit zu Ende geht, dabei bewenden lassen. Wir haben bei den Liegenschaften einen Investitionsstau von 1 Milliarde Euro vorgefunden. Auf gut Deutsch: Polizisten hausen in Unterkünften, in denen Ratten herumlaufen. Das geht ja wohl nicht! Dafür bin ich aber nicht verantwortlich, um es klar zu sagen. Wir haben mittlerweile recherchiert. Inzwischen haben wir ein Defizit von 2 Milliarden Euro. Das wird man nicht hopplahopp beheben können. Es wäre verlogen, das zu versprechen. Aber mittlerweile sind Verpflichtungsermächtigungen von über 900 Millionen Euro eingestellt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das heißt, dass wir fast die Hälfte für diese Periode als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt haben. Wenn wir das hinbekommen, haben wir einen Riesenbrocken geleistet und manch eine der Schandtatzen der Vergangenheit beseitigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man nennt das „Sanierungsstau“ oder „die Hausaufgaben machen, die andere nicht gemacht haben“. Ich finde, wir sind ganz gut vorangekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Da es noch vor 12:30 Uhr ist, können wir zur Abstimmung kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/4403, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Daher kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Haus. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in der**

zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen worden.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun rufe ich auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4404 hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Abgeordneten Bongers das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsberatungen sind immer auch der Moment, Zwischenbilanz zu ziehen. Die Zwischenbilanz von Minister Biesenbach fällt mehr als ernüchternd aus.

Sie hatten, Herr Minister, zugegebenermaßen einen guten Start. In Zeiten voller Kassen war der Finanzminister bereit, Ihnen für die Justiz neue Stellen zu bewilligen – immerhin 1.135 neue Stellen für 2018. Dafür wurden Sie im letzten Jahr zu Recht gelobt.

In Bezug auf den Einzelplan 04 macht uns jetzt vor allem die Stellenbesetzung im Bereich der Justiz Sorgen.

Meine Fraktion hat bereits vor einem Jahr zugesagt, dass Sie uns an Ihrer Seite haben, wenn sich die Landesregierung ehrlich und ernsthaft für mehr Ressourcen für die Justiz in Form von ausreichendem Personal einsetzt. Mit dem vergangenen Haushalt wurden 1.135 neue Stellen geschaffen. Weil wir ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass genügend gut ausgebildetes Personal vorhanden ist, um alle Aufgaben gemäß den gesetzlichen Vorgaben bewältigen zu können, haben wir damals diesen ersten Haushalt nicht abgelehnt. Das war ein ganz bewusstes Zeichen und nicht selbstverständlich für die größte Oppositionsfraktion.

Jetzt sieht die Situation allerdings anders aus. Leider mussten wir mit Bedauern feststellen, dass bis zum 1. Oktober 2018 immer noch 1.300 Stellen in Justiz und Strafvollzug unbesetzt sind.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Hört! Hört!)

Damit wurde bis zum 1. Oktober 2018 rechnerisch noch keine einzige der im Haushalt 2018 zusätzlich bewilligten Stellen besetzt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ups! – Sven Wolf [SPD]: Tolle Bilanz!)

Da stellt sich doch ernsthaft die Frage, ob es Ihnen jemals wirklich darum ging, die personelle Situation im Bereich der Justiz zu verbessern, oder ob diese Stellen vor einem Jahr nur geschaffen wurden, damit Sie sich heute als sparsamer Haushälter präsentieren können, der zuvor eingeplante personelle Mittel eingespart hat. Herr Minister, virtuelle Stellen entlasten die Justiz nicht.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Jetzt betreiben Sie mit diesem neuen Haushaltsentwurf das gleiche Spiel. Sie haben einen Justizhaushalt mit 394 Stellen vorgelegt und mit der Ergänzungsliste weitere 100 neue Stellen vorgesehen, um zugleich die Zahl der Lehrstellen um 89 anzuheben. Eines möchte ich hier ganz klar und deutlich sagen: Wir sind froh über jede zusätzliche Stelle in der Justiz. Unbesetzte Stellen jedoch helfen wirklich niemandem.

(Beifall von der SPD)

Wir haben kein Zutrauen mehr, dass Sie persönlich dafür stehen, dass alle Stellen wirklich besetzt werden. Sie haben jetzt – und das ist gut für Sie – ein weiteres Jahr Zeit, um uns eines Besseren zu belehren. Im Stellenplan eingesetzte personelle Ressourcen, die aber nicht besetzt werden, helfen keinem einzigen Menschen, und folglich helfen sie auch nicht der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.

Aber nicht nur die Schaffung neuer Stellen wurde nicht vernünftig gemanagt, sondern bedauerlicherweise wirkt diese Koalition auch ideenlos, wenn es um strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten geht. So gibt es in der Justiz und im Strafvollzug mittlerweile fast 1.300 befristete Stellen, davon über 1.000 ohne Sachgrund. Wir finden, dass das ein Ergebnis einer falschen Schwerpunktsetzung und einer Politik ist, die gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet ist.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Sven Wolf [SPD])

So werden Justiz und Strafvollzug nicht zu einem attraktiven Arbeitgeber, und so werden wir leider auch nicht den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen können.

Leider erreichen uns aus den unterschiedlichen Bereichen der Justiz zunehmend Beschwerden der Beschäftigten. Die Gewerkschaft ver.di beispielsweise hat dazu in ihrer Stellungnahme für die Anhörung im Haushalts- und Finanzausschluss ganz konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht. Nichts davon sieht der Haushalt vor.

Wir haben diese Vorschläge aus der Praxis im Sinne der Beschäftigten aufgegriffen. Alle wurden von der Koalition abgelehnt. Auch unser Vorschlag für eine bessere Besoldung der Gerichtsvollzieherinnen und

Gerichtsvollzieher – Sie können es sich denken – wurde abgelehnt. Das zeigt sehr deutlich den mangelnden Gestaltungswillen zugunsten der Mitarbeiter des Landes – und das in Zeiten übervoller Kassen.

Wie ambitionslos Sie sind, zeigt sich auch bei dem Thema „Vermögensabschöpfung“. Hier sieht der Entwurf gerade einmal einen erhöhten Ansatz von 10 Millionen Euro vor, obwohl doch das Jahr 2017 eindeutig gezeigt hat, was dort finanziell möglich ist.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, leider komme ich zu einem traurigen Fazit. Haushaltspolitik ist in Zahlen gegossene Politik. Unter diesem Gesichtspunkt ist Ihre Zwischenbilanz mehr als ernüchternd. Ihnen entgleiten die Vorgänge des Geschäftsbereichs, Sie machen keine Politik für die Beschäftigten. Ihre Entzauberung, Herr Minister, ist in vollem Gange. Und Sie machen das vor allem ganz alleine.

Mein Abschlussfazit, Herr Minister: Nach gutem Start haben Sie jeden Bonus aufgebraucht. Deshalb werden wir diesen Haushalt heute ablehnen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Bongers. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Erwin das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Haushalts 2019 bildet das Fundament für eine leistungsfähige und moderne Justiz. Bereits mit dem Haushalt 2018 haben wir als NRW-Koalition ein deutliches Zeichen an die Justiz gesendet.

Markierte dieser Etat seinerzeit gerade in den Bereichen der Innen- und der Rechtspolitik den Startschuss für einen Paradigmenwechsel, mit dem uns die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens bei den Wahlen im Mai 2017 beauftragt haben, geht der Etatentwurf 2019 konsequent in die nächste Runde, damit die Justiz ihrem Auftrag gerecht werden kann und damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf die Justiz vertrauen können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Weil die Themen „innere Sicherheit“ und „Integrität unseres Rechtsstaats“ im Wahlkampf und in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte einen solch hohen Stellenwert eingenommen haben, möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, noch einmal den Unterschied zur Rechtspolitik der Vorgängerregierung zu unterstreichen. Lassen Sie mich dazu anhand von zwei Beispielen die hinter diesem umfassenden Haushaltsplan stehende Grundidee näher erläutern.

Erstens. Wir schaffen Vertrauen in unseren Rechtsstaat.

(Beifall von der CDU und Christian Mangan [FDP])

Nach dem Regierungsantritt war es unsere oberste Priorität, die Akzeptanz und den Respekt gegenüber unserer staatlichen Ordnung zu verbessern, die nach sieben Jahren Rot-Grün stark angeschlagen waren.

(Sven Wolf [SPD]: Richterschelte?)

Während frühere Innen- und Justizminister aus falsch verstandener Toleranz zugelassen haben, dass kriminelle arabische Familienclassen lieber nach NRW als nach Mekka pilgerten

(Karl Schultheis [SPD]: Sie sitzen in der falschen Fraktion!)

und dass NRW ein Eldorado für Bandenkriminalität zu werden drohte, ist es unsere Devise, uns diesen Fehlentwicklungen endlich wirksam und mit aller Entschiedenheit entgegenzustellen.

(Zuruf von Hartmut Ganzke [SPD] – Gegenruf von Gregor Golland [CDU])

Nicht allein die Polizei geht mittlerweile in groß angelegten Razzien im ganzen Land gegen Bandenkriminalität vor. Auch bei den Staatsanwaltschaften nehmen ganze Teams zunehmend den Kampf mit diesen Phänomenen auf.

Für diesen Einsatz, dieses Engagement, für eine effektive und vor allem nachhaltige Bekämpfung solcher Kriminalitätserscheinungen ist eine ausreichende Personal- und Sachmittelausstattung im Justizwesen jedoch unabdingbar. Hier schafft die NRW-Koalition sowohl in der Gerichtsbarkeit als auch in den Staatsanwaltschaften endlich Abhilfe: 38 zusätzliche Planstellen und andere Stellen bei ordentlichen Gerichten, 38 bei Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaften, 10 neue Planstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sogar 101 Stellen im Strafvollzug, 37 Stellen zur Ausbildung bei der Justizvollzugsschule.

(Sven Wolf [SPD]: Alle unbesetzt!)

All dies zeigt: Bei der Stärkung des Rechtsstaats gibt es für die NRW-Koalition keine Kompromisse.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Wir wissen jedoch auch, dass personelle Verstärkungen alleine nicht ausreichen werden, um den Herausforderungen in Zukunft und für alle Zeit gerecht zu werden, wenngleich sie unserer Justiz endlich wieder ein angemessenes Arbeitsfundament ermöglichen. Deshalb ist der Blick der NRW-Koalition gleichzeitig auf die Zukunft gerichtet. Niemanden hier wird es überraschen, wenn ich sage, dass die Digitalisierung auch vor Behörden und unseren staatlichen Einrichtungen nicht haltmacht. Die

Digitalisierung ist nicht nur im Bereich der Justiz eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Dies wird mir auch immer wieder in Gesprächen vermittelt.

Der diesjährige Schöffentag beschäftigte sich beispielsweise mit der Einflussnahme digitaler Medien. In anderen Bereichen bieten Anwendungen wie zum Beispiel das digitale Anwaltspostfach – so es denn endlich voll funktionsfähig ist – Chancen für Verfahrensbeschleunigung und weitere Möglichkeiten der Personalkosteneinsparung.

Wie sieht die Arbeitswelt 4.0 in der Justiz aus? Welche Möglichkeiten bietet die Digitalisierung für die Prozessabläufe in Gerichten und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen?

Um derartige Entwicklungen besser abschätzen und dann angemessen reagieren zu können, hat die NRW-Koalition sich mit dem Änderungsantrag zum Etatentwurf dazu entschlossen, zusätzliche Mittel für ein Forschungsvorhaben bereitzustellen, um einmal konkret und detailliert denkbare Auswirkungen und Entwicklungen der fortschreitenden Digitalisierung zu ermitteln und zu erforschen, wie wir die Organisations- und Kommunikationsprozesse der Judikative zukünftig darauf einstellen und sie gestalten können.

Damit setzen wir als NRW-Koalition die Voraussetzung dafür, dass unser Rechtsstaat auch in Zukunft wehrhaft bleibt und die Zeichen der Zeit nicht verschläft.

Bemerkenswert ist, dass uns trotz dieses umfassenden Investitionsvolumens, zahlreicher neuer Stellen in der Justiz und erhöhter Ausgaben in den Bereichen „Digitalisierung“ und „Juristenausbildung“ erneut gelungen ist, wovon SPD und Grüne sieben Jahre lang nur geträumt haben: nämlich einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und somit die Stärkung des Rechtsstaates nicht mit einer gleichzeitigen Schwächung unserer Finanzstruktur zu unterlaufen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Will man diesen Etatentwurf in wenigen Worten zusammenfassen, muss man feststellen, dass er sowohl der bereits im Wahlkampf angekündigten Nulltoleranzstrategie gegenüber Kriminellen gerecht wird und gleichzeitig einen Schwerpunkt auf die Herausforderungen der kommenden Jahre setzt. Die Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen ist und bleibt daher bei CDU und FDP gut aufgehoben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Erwin. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Engstfeld das Wort.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin meiner Vordnerin Frau Erwin von der CDU-Fraktion außerordentlich dankbar für die gerade von ihr gehaltene Rede. Eine bessere Steilvorlage für das, was ich ausführen will, kann es nämlich gar nicht geben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie stimmen zu!)

Frau Erwin, Sie haben gerade als Bilanz den Unterschied zwischen der bürgerlichen schwarz-gelben Landesregierung und der Vorgängerregierung unter Rot-Grün dargelegt. Wortwörtlich haben Sie gesagt: Der Unterschied ist, dass wir Vertrauen in unseren Rechtsstaat schaffen. – Wenn Sie eins im letzten Jahr bewiesen haben, dann, dass Sie dem Rechtsstaat misstrauen und ihn sogar missachten: Sami A., Dieselfahrverbote, Rodungsstopp Hambacher Wald und Sonntagsöffnungszeiten.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Selbst die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts hat eine Krise in den Institutionen festgestellt. Und Sie sagen: Wir haben Vertrauen in den Rechtsstaat geschaffen. – Nein, das haben Sie überhaupt nicht; Sie haben Misstrauen zwischen den Institutionen gesät.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In der Tageszeitung „Rheinische Post“, die wir als Düsseldorfer Abgeordnete beide kennen, ist heute eine Kolumne der Landeskorrespondentin Bialdiga zu lesen. Die Überschrift lautet: „Mehr Respekt für die Judikative – Die NRW-Regierung erhebt sich über Gerichte und schadet so der Demokratie.“ – So ist die Lage; besser kann man die Situation doch gar nicht auf den Punkt bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der SPD)

Nachher komme ich noch zu ein paar Haushaltszahlen.

Aber fangen wir doch einmal bei Sami A. an: Integrationsminister Stamp hat auf ihn bezogen noch im Frühjahr dieses Jahres festgestellt: Eine rechtssichere Abschiebung von Sami A. ist nur möglich, wenn uns eine sogenannte Verbalnote der tunesischen Regierung vorliegt. – Minister Stamp hat aber nicht abgewartet; er hat im Sommer abgeschoben, obwohl ein Gericht rechtsgültig gesagt hatte, dass das nicht gemacht werden dürfe, bevor das Gericht geurteilt habe. Es dürften keine Fakten geschaffen werden, bevor die Justiz entschieden habe.

(Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Minister Stamp hat damals trotzdem abgeschoben und die Justiz hintergangen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Behaupten Sie!)

Diese Abschiebung war rechtswidrig. Ich habe selten eine solche Klatsche vom Oberverwaltungsgericht erlebt, wie Minister Stamp sie für diese Maßnahme bekommen hat. So etwas gab es selten.

(Beifall von den GRÜNEN und Ibrahim Yetim [SPD])

Inzwischen liegt die Verbalnote vor – wir haben zigmal danach gefragt, wie es aussieht –, die hochoffizielle Zusicherung der tunesischen Regierung, dass Sami A. in Tunesien keine Folter droht. Und jetzt gibt es ein neues Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen. Das Gericht hat Folgendes geurteilt: Diese Abschiebung war und bleibt rechtswidrig.

Dieser Minister und diese Landesregierung haben nicht Vertrauen in die Gerichte gehabt, sondern rechtswidrig gehandelt. Dieses Urteil macht die Abschiebung im Sommer nicht rechtens. Auch durch die erneute Urteilung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen bleibt es bei einer schlichtweg rechtswidrigen Abschiebung.

Zu den Dieselfahrverboten: Der Ministerpräsident meinte – Kollege Klocke, Sie können mich ergänzen, denn Sie haben das auch schon mal ausgeführt –, dass das alles rechtswidrig sei, was da geurteilt werde. Was glauben denn die Landesregierung und der Ministerpräsident, wer feststellt, was rechtens ist und was rechtswidrig ist? – Das macht doch nicht der Ministerpräsident! In unserer Gewaltenteilung machen das die Gerichte. Alles andere ist eine Missachtung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Rodungsstopp Hambacher Forst: Wieder der Ministerpräsident! Bevor die letzte Instanz überhaupt entschieden hatte, ob RWE das Recht zum Roden hat, hat er gesagt: Natürlich hat der Konzern RWE das Recht. – Nein! Die Gerichte haben jetzt festgestellt, dass RWE dieses Recht nicht hatte. Auch das ist eine Missachtung.

(Olaf Lehne [CDU]: Das stimmt nicht! Das ist falsch!)

Wie kommt der Ministerpräsident denn dazu, so etwas zu sagen, bevor ein Gericht entschieden hat?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist die Unwahrheit! Das ist noch lange nicht entschieden, lieber Kollege!)

– Nein, nein, nein! Ich kann Ihnen zig Kommentare auch aus dem Sommer zum Thema „Respekt vor dem Rechtsstaat“ nennen. Wenn diese Landesregierung etwas geschafft hat, dann ist es, eine Rechtsstaatsdebatte vom Zaun zu brechen, weil sie offensichtlich Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit und mit einem rechtsstaatlichen Verständnis hat. – Das ist die Bilanz.

Herr Biesenbach, Sie spielten in den von mir genannten Geschichten gar keine Rolle – das ist auch bemerkenswert.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Interpretationsmöglichkeiten!)

Ich würde gerne zum Haushalt kommen, auch anknüpfend an meine Kollegin Frau Bongers von der SPD-Fraktion. Ich habe es mir noch einmal angeschaut: Das ist ein wahres Füllhorn an Stellen. Wir sind natürlich auch der Meinung, dass wir eine Stärkung des Personals in Justiz und Justizvollzug brauchen. Das ist überhaupt keine Frage.

Ein weiterer Blick in die heutige Ausgabe der „Rheinischen Post“, Seite 3, zum aktuellen Zustand in unseren Justizvollzugsanstalten hätte Ihnen, Frau Erwin, auch gereicht. „Justizvollzugsbeamte am Anschlag“ lautet die Überschrift, und ich zitiere aus dem Artikel:

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Woher kommt das denn? – Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

„Simon Maier ... arbeitet am Limit. Der 47-jährige Justizvollzugsbeamte, der in einem mittelgroßen Gefängnis in NRW tätig ist, sehnt sich nach einem längeren Urlaub. Wegen Personalknappheit könne er aber immer nur ein paar Tage am Stück frei machen – wenn überhaupt. „Meine Kollegen und ich brauchen aber eine längere Distanz, um runterzukommen ...“, sagt er.“

Und weiter:

„Maier ist vermutlich nicht der einzige Justizvollzugsbedienstete in NRW, der erschöpft ist. In allen 41 NRW-Gefängnissen zusammen haben die Bediensteten mehr als eine halbe Million Überstunden ...“

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer war denn sieben Jahre an der Regierung, Herr Kollege? – Gegenruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Sehen wir uns die Zahlen im Einzelplan 04 doch mal an. Planstellen zum 01.01.2018 im Bereich des Justizministeriums: Allein im Ministerium sind 265 Stellen geplant. Ist-Besetzung am 1. Juli dieses Jahres: 226,22 – ich bin gnädig und sage 227 Stellen. Das ergibt ein Defizit von 38 nicht besetzten Stellen.

Ordentliche Gerichtsbarkeit: 15.973 Planstellen, 15.290 sind besetzt. Das ergibt ein Defizit von 683 Stellen. Verwaltungsgerichtsbarkeit: 1.076 Planstellen, ein Defizit von 56 Stellen. Finanzgerichtsbarkeit: 294 Planstellen, 265 sind besetzt, 29 Stellen sind nicht besetzt. Arbeitsgerichtsbarkeit: 53 Stellen sind nicht besetzt. Sozialgerichtsbarkeit: ein Defizit von 46 Stellen.

Justizvollzugseinrichtungen: 8.881 Planstellen, eine Ist-Besetzung am 1. Juli 2018 von 8.543 – das ergibt 338 fehlende Stellen. Und dann gibt es noch Aus-

und Fortbildungseinrichtungen mit sieben nicht besetzten Stellen.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Insgesamt ergibt das 1.250 nicht besetzte Stellen. Und was nützt es uns – da bin ich sehr bei der Kollegin Bongers –, noch 400 Stellen obendrauf zu packen, wenn wir jetzt schon knapp 1.300 Stellen nicht besetzt haben?

(Henning Rehbaum [CDU]: Das ist doch ein Abgesang auf Rot-Grün!)

Wenn diese irgendwann, wenn es gut läuft, zur Hälfte besetzt werden, kommen wir auf 1.500 nicht besetzte Stellen. Das hilft doch niemandem außer dem Finanzminister. Er muss in seinem Haus dann keinen Tarifabschluss mehr einpreisen. Wenn es ein paar Prozente mehr im Tarifabschluss gibt, dann spart er diese dadurch, dass all die Stellen nicht besetzt sind, schon wieder ein. Das ist gut für den Finanzminister, aber schlecht für den gesamten Justizbereich.

Und was ich wirklich vermisse, Herr Biesenbach, ist, dass Sie sich absolut prioritär darum kümmern, dass diese Stellen besetzt werden. Der aktuelle Zustand mit fast 1.300 nicht besetzten Stellen, davon über 330 im Justizvollzugsdienst, ist nicht akzeptabel. Das muss man einfach sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und Sven Wolf [SPD])

Werfen wir noch einen Blick in die „Rheinische Post“ von heute. Ich zitiere, noch mal zum Justizvollzug:

„Zu allem Überfluss soll es außerdem nach wie vor Probleme mit der Bausubstanz vieler Anstalten geben. „Es gibt eigentlich keine JVA bis auf die wenigen ganz neuen, die nicht irgendwo marode ist“,

sagt Peter Brock, NRW-Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Henning Rehbaum [CDU]: Substanzverfall war 2017!)

Das stimmt, und da fehlt mir von Ihrer Seite noch das richtige Investitionsvolumen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Gegenruf von Sven Wolf [SPD])

Im Rechtsausschuss haben wir den Todesfall eines Gefangenen nach einer Legionellen-Infektion in der JVA Hagen besprochen. Wir hatten damals danach gefragt und uns die Situation angesehen. Er kann sich eigentlich nur in der JVA infiziert haben – wahrscheinlich beim Duschen. Die Antwort lautete:

„Die sanitären Einrichtungen und Duschen in den Justizvollzugsanstalten des Landes NRW weisen

im Wesentlichen einen altersgemäßen Zustand auf.“

Das wurde dann aufgelistet. Ich gebe Ihnen ein Beispiel dazu. In Hagen wurden das gesamte Gebäude und die sanitären Einrichtungen 1923 erbaut. Wann sind sie saniert worden? – 1960. Seit 1960 ist in Hagen nichts passiert. Da wundere ich mich irgendwann nicht mehr, dass es Legionellen gibt. Das ist doch kein Zustand!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wie viele Jahre davon haben Sie registert?)

Das Hafthaus in Herford: 100 Duschen, um 1900 gebaut und zwischen 1998 und 2004 saniert. Und so weiter.

Was wir brauchen, ist ein massives Investitionsprogramm für unsere Justizvollzugsanstalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das fällt Ihnen jetzt auf? – Sven Wolf [SPD]: Nein, das hat Thomas Kutschaty schon auf den Weg gebracht!)

Was Sie vorgelegt haben, reicht bei Weitem nicht aus.

Ich könnte noch einige Punkte mehr aufführen, sehe aber, dass meine Redezeit leider abgelaufen ist. Wir werden diesen Einzelplan ablehnen, und hinsichtlich des Rechtsstaatsverständnisses gibt es eine glatte Sechs für diese Landesregierung. Und was Sie bei den Planstellen veranstalten, ist wirklich ein Zaubertrick. Was nützt es uns, das alles in den Haushalt einzustellen,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

wenn niemand die Stellen antritt? – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Mangan das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Christian Mangan (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Engstfeld, als ich Ihre Rede hörte, dachte ich zunächst: Wann kommt er mal zum Thema „Haushalt“? Wir haben heute doch eine Haushaltsdebatte. – Ich wurde jedoch enttäuscht; denn bis zum Ende kam nichts zum Thema „Haushalt“.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Haben Sie schon mal was davon gehört, was eine Haushaltsdebatte ist?)

Das ist sehr schade; denn eine vernünftige und angemessene personelle und technische Ausstattung

ist für eine funktionierende Justiz in Nordrhein-Westfalen unerlässlich. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Strafvollzugsanstalten und das Verwaltungswesen der Justiz leisten einen entscheidenden Beitrag für die Durchsetzung des Rechtsstaats.

Wenn ich dann höre, dieser Haushalt sei ideenlos, frage ich mich, wo die guten Ideen denn sind, wenn sie in diesem Haushalt fehlen. Wir kümmern uns nicht um Ideen, sondern um den Kern einer sicheren Justiz. Darum geht es in diesem Land, und dafür ist Nordrhein-Westfalen auch verantwortlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Richtig ist, dass die Stellenbesetzung natürlich verbesserungswürdig ist, und das ist auch nachvollziehbar. In den letzten sieben Jahren Ihrer Regierungszeit hätte man in dieser Hinsicht einiges tun können, was Sie leider nicht getan haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir bedauern den Zustand, dass nicht jede Stelle besetzt ist, aber daran arbeiten wir. Sie müssen doch nur zuhören, was der Minister und der Staatssekretär sagen und was auch in der Kommission gesagt wird. Genau daran arbeiten wir; das ist unser Ziel. Das ist vor allem kein Grund, einen Haushalt abzulehnen – nur weil derzeit nicht jede einzelne Stelle besetzt ist. Genau daran müssen wir arbeiten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb ist es auch besonders erfreulich, dass das Personal im kommenden Jahr durch insgesamt fast 400 neue Planstellen gestärkt wird – zusätzlich zu den 1.135 Stellen, die wir bereits im vergangenen Jahr geschaffen haben.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit stärken wir die Generalstaatsanwaltschaften, die Staatsanwaltschaften und auch den Strafvollzug. In Zahlen heißt das für die ordentliche Gerichtsbarkeit: 15 neue Planstellen für Richterinnen und Richter, 16 neue Stellen im Servicebereich, 6 neue Planstellen für Justizoberwachmeister.

Wenn ich von Ihnen höre, Herr Engstfeld, das Vertrauen in den Rechtsstaat sei erschüttert, dann muss ich Ihnen sagen: Ich nehme genau das Gegenteil wahr. Die Gerichte, die Staatsanwaltschaften, die Justizvollzugsanstalten freuen sich darüber, dass sie weitere Stellen bekommen. Es ist auch nicht so – wie Sie es angesprochen haben –, dass bei der Vermögensabschöpfung zu wenig getan würde. Im Gegenteil: Genau in diesem Projekt werden Staatsanwälte zielgerichtet eingesetzt, weil das eine sinnvolle Sache ist.

Herr Engstfeld, Sie haben gerade im Zusammenhang mit dem Fall Sami A. kritisiert, das sei alles rechtswidrig gewesen. Die neuen Nachrichten, die neuen Entscheidungen haben Sie offenbar nicht gehört. Das war und ist richtig gewesen.

(Widerspruch von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Wir stehen zu dem Minister, dass er so gehandelt hat und auch an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen ist.

(Beifall von der FDP)

Er hat es zumindest versucht.

Zu Ihrem Versuch, den Hambacher Forst als Zeugnis dafür zu nehmen, dass dem Vertrauen in den Rechtsstaat Schaden zugefügt worden sei: Sie machen sich dort gemein mit angeblichen Aktivisten, die dort rechtswidrig besetzen, die Polizisten mit Fäkalien beschmeißen und versuchen, deren Körper zu verletzen. Wenn Sie insofern meinen, diese Koalition würde das Vertrauen in den Rechtsstaat in irgendeiner Form aufs Spiel setzen, ist das hanebüchener Mist!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Mangen, ich habe den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Engstfeld an Sie zu richten.

Christian Mangen (FDP): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie lassen sie zu. – Bitte sehr, Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Wie beurteilen Sie die Aussage des Gerichtssprechers des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom Donnerstag, den 22. November, nach der erneuten Rechtsprechung des Gerichtes, der wie folgt zitiert wird: „Die Abschiebung bleibt rechtswidrig. Da gibt es nichts zu deuteln“?

Christian Mangen (FDP): Danke, Herr Engstfeld. Ich deute sie vor allem so, dass das Gericht entschieden hat, dass die Abschiebung möglich ist und möglich bleibt. Das ist das Wichtige, und darauf müssen wir uns auch konzentrieren.

(Beifall von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN – Michael Hübner [SPD]: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Wenn Sie hier immer falsche Behauptungen wiederholen, dann werden daraus keine Tatsachen. Dabei bleibt es.

Recht gebe ich Ihnen, Herr Kollege Engstfeld, was die Situation des Personals in den JVAen angeht.

Das stimmt, das ist sehr bedauerlich. Nur, Sie haben sieben Jahre lang nichts getan. Wir hingegen versuchen jetzt, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, und zwar deutlich, damit wir endlich wieder genügend Leute einstellen können, damit der Job auch wieder ordentlich Spaß macht.

(Beifall von der FDP)

Genauso gehen wir vor bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit, wo wir auch im Hinblick auf die Vielzahl von Asylverfahren neue Richterstellen geschaffen haben. Gleiches gilt bei den Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften; das wurde schon gesagt. Aber auch im Strafvollzug hat die NRW-Koalition Maßnahmen ergriffen, um die Situation in den Justizvollzugsanstalten zu verbessern und damit die wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird, auch zu würdigen. Ein effektiver, sicherer und moderner Strafvollzug schafft Vertrauen in der Bevölkerung, was für die tägliche Arbeit der Beamten unerlässlich ist.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, nicht nur zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten in NRW zu schaffen, sondern planvoll und zielgerichtet vorzugehen und den Justizvollzug dort zu stärken, wo es notwendig ist. Unser Instrument ist nicht die Gießkanne, sondern Augenmaß und Vernunft. Wir sind dabei, dies umzusetzen, und vergessen dabei auch nicht den Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes und Fachdienstes, wo insgesamt 101 neue Planstellen und Stellen geschaffen werden.

Zudem ist vorgesehen, die Zahl Ausbildungsplätze in den Justizvollzugsanstalten auszuweiten. Dafür werden 37 neue Planstellen und Stellen eingerichtet. Zusätzlich sind 12 Planstellen und Stellen für die Fachhochschule für Rechtspflege und die Justizakademie geplant.

Nur durch kluge Investitionen im Bereich der qualifizierten, praxisnahen und breit angelegten Ausbildung kann der Grundstein für ein erfolgreiches Berufsleben und eine nachhaltige Personalplanung des Justizvollzugs gelegt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt die NRW-Koalition auf die Digitalisierung. Wie schon im letzten Jahr angekündigt, startet in diesem Jahr der elektronische Rechtsverkehr und wird bis 2022 für Anwälte, Notare und Behörden verpflichtend sein. Für die Finanzierung des elektronischen Rechtsverkehrs stehen Sachmittel in Höhe von 42,5 Millionen Euro zur Verfügung. Auch in personeller Hinsicht werden wir hier ein sicheres Fundament schaffen.

In diesem Tempo kann es weitergehen. Mit der NRW-Koalition findet die Digitalisierung der Justiz in NRW endlich statt; sie wird bis zum Jahre 2026 vollständig umgesetzt sein. Es zeigt sich also, dass die NRW-Koalition auch im Bereich der Justiz mit Sach-

verstand agiert, Notwendigkeiten und Bedarfe erkennt und dabei noch eine Trendwende hin zu einer modernen und digitalisierten Justiz vollzieht.

Bürgerinnen und Bürgern soll es in NRW einfacher möglich sein, ihr Recht durchzusetzen. Dies schaffen wir durch personell und technisch gut ausgestattete Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie durch eine funktionierende Verwaltung. Mit den hier und im Justizvollzug angestrebten Maßnahmen werden wir den Rechtsstaat in NRW weiter stärken.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan 04: Justiz. – Vielen Dank und Glück auf.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mangan. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Röckemann das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Thomas Röckemann (AfD): Die Justiz in Nordrhein-Westfalen gleicht einem Fass ohne Boden. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl die aktuelle Landesregierung inzwischen mehr Geld in die Justiz pumpt, haben sich die Verhältnisse dort nicht entscheidend geändert.

Aktuelles Beispiel ist der Haftbrand mit Todesfolge in der JVA Kleve. Obwohl der Vorfall noch nicht bis ins kleinste Detail aufgearbeitet ist, wird bereits jetzt deutlich, dass es nicht nur am Personal mangelt. Wir werden darauf morgen im Rahmen des beantragten Untersuchungsausschusses zurückkommen.

Wenn man den Statistiken Glauben schenken kann, wird Deutschland immer sicherer. Einen entscheidenden Anteil dazu wollte wohl auch der Justizminister NRW beitragen, als er sich mit seinem Vorstoß, Schwarzfahren zu entkriminalisieren, an die Öffentlichkeit wandte. Die dahinter stehende Logik ist bestechend einfach: Wo keine Straftat, da ist auch keine Justiz nötig.

Wenn da nicht das sogenannte Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wäre! Immer diese diffusen Ängste der Bevölkerung – und schon wieder spricht die ach so populistische AfD davon. Nach Ansicht der alten Parteien will, um es mit Heinrich Heine zu sagen, das Volk, der große Lümmel, wohl einfach nicht begreifen, dass es mit seinen Ängsten selbst zum Problem geworden ist.

(Beifall von der AfD)

Soll es doch in höhere Mauern, stärkere Türschlösser und größere Wachhunde investieren, umso eher lösen sich dessen diffuse Sicherheitsbedenken in Luft auf! Wenn sich dann gar noch eine Partei gründet, die dem Volk eine weitere Stimme verleiht, dann

ist der Innenminister Reul nicht weit, um sie mit dem Verfassungsschutz, seinem Instrument für den Machterhalt, zum Schweigen zu bringen.

So ist das, meine Damen und Herren Kollegen von der Regierung und von den regierungsfreundlichen Oppositionsparteien. Das wissen Sie natürlich nur zu genau. Wir haben es eben auch gesehen. Sie werfen den Ball immer hin und her. Keiner will es gewesen sein. Sie sind schließlich die letzten Jahrzehnte mit wechselnden Mehrheiten in Regierungsverantwortung gewesen. Sie sind allesamt verantwortlich für die herrschenden Zustände und das schwindende Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.

Vielleicht ist auch das der Grund dafür, dass Sie daran arbeiten, die Bevölkerungszusammensetzung, sagen wir einmal, durch Einwanderung zu verändern. Nicht wahr, Herr Reul, „Einwanderung“ darf man doch noch sagen, oder lassen Sie jetzt den Verfassungsschutz von der Kette? Vielleicht sind es auch große Teile der Einwandernden, die dazu beitragen, das ominöse Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu beeinträchtigen. – Ich sehe: keiner da. Ich predige hier tauben Ohren.

Der Justizhaushalt ist groß und die Zeit ist knapp. Schauen wir uns deshalb mal ein paar Zahlen an. Im Zeitraum von 2010 bis 2017 stiegen die Kosten für einen Gefangenen pro Hafttag von rund 87 Euro auf inzwischen 136 Euro. Das sind pro Tag knapp 50 Euro mehr im Laufe von sieben Jahren. Dies führte zu einer Erhöhung der Gesamtausgaben auf nunmehr 840 Millionen Euro. Dabei – das muss man sich mal überlegen! – ist die Zahl der Durchschnittsbelegung in den Haftanstalten seit 2010 rückläufig. Die Kosten steigen also, obwohl die Zahl der Inhaftierten weniger wird.

Warum ist das so? – Fragen Sie nicht; Sie wissen es selbst: Das hat überwiegend mit der Zuwanderung und dem Tag der offenen Tür am 04.09.2015 an Deutschlands Grenzen zu tun, der inzwischen seit Jahren ohne Unterbrechung begangen wird.

(Beifall von der AfD)

Es steht fest, dass die Anzahl an ausländischen Inhaftierten im Verhältnis zu deutschen nach 2015 geradezu explosionsartig zugenommen hat – 2015, das Jahr, in dem Europas Außengrenzen durch Frau Merkel geöffnet wurden und Hunderttausende Menschen durch sichere Drittstaaten flohen, um die deutsche Gastfreundschaft auf die Probe zu stellen. Spätestens seit der Kölner Silvesternacht wissen wir, dass unter Ihren sogenannten Schutzbedürftigen auch jede Menge schwarze Schafe waren, die nach ihrer sogenannten Flucht durch sichere Drittländer nicht nur die deutsche Gastfreundschaft missbrauchten.

Manche von denen waren kaum bzw. nur wenig sozialisiert, wenn wir als Bemessungsgrundlage westliche Wertmaßstäbe anlegen wollen. Viele gehörten zudem anderen Glaubensrichtungen an. Es werden Dolmetscher und Sozialarbeiter benötigt. Viele der Schutzsuchenden mögen das Essen ihres Gastgeberlandes nicht und verlangen auch in den Haftanstalten eigene Kost.

Als wir mit der Vollzugskommission zuletzt der JVA Münster einen Besuch abgestattet haben – wir waren da, die SPD nicht –, da sprachen wir insbesondere mit den Justizvollzugsbeamten, und die berichteten von großen Überbelastungen und deren Folgen. Das haben die Kollegen ja auch ausgeführt. Viele von den Bediensteten werden dadurch krank und sind arbeitsunfähig.

Die JVA Münster ist teilweise baufällig und daher in Teilen nicht nutzbar. Einzelne Bedienstete wurden daher versetzt und fahren nun tagtäglich bis zu zwei Stunden zu ihrem neuen Dienstort, und das im Schichtsystem! Das heißt: Nicht mehr nur arbeiten, um zu leben, sondern leben, um zu arbeiten. Das ist gelebter Sozialismus, Herr Ministerpräsident Laschet – wenn Sie denn da wären –, und das in Nordrhein-Westfalen! Das alles schlägt voll ins Kontor, und das trägt zu der beschriebenen Ausgabensteigerung bei.

Nun, liebe Kollegen, wenn Sie ehrlich sind:

(Karl Schultheis [SPD]: Angriff auf die Intelligenz anderer Menschen!)

Es ist schon nicht einfach, Nachersatz im Bereich der Justiz zu generieren, geschweige denn zusätzliche Stellen. Da müssten Sie dann schon etwas mehr Geld in die Hand nehmen und sich unserem zielgerichteten Antrag anschließen. Das können Sie aber nicht, und wir wissen das auch schon. Denn alles, was neu ist und aus der Bevölkerung stammt, ist Ihnen schließlich suspekt.

Wir gehen sogar noch ein kleines Schrittchen weiter. Schieben Sie doch diejenigen ab, die in Deutschland längst nichts mehr zu suchen haben. Dann werden sich unsere Gefängnisse leeren, und dann wird auch die eine oder andere Straftat weniger begangen.

Neben einem aktiven Sicherheitsgewinn – wir sprechen jetzt nicht mehr über ein diffuses Sicherheitsgefühl der Bevölkerung – schon das auch die Kassen der Justiz. Die hat nämlich Schonung dringend nötig. Ich denke dabei an die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die infolge des gewaltigen Ansturms von Asylverfahren in die Knie gezwungen wurde.

Die Anzahl der zu bewältigenden Fälle stieg gerade wegen der Asylverfahren im Jahr 2016 um knapp 65 % und im Jahr 2017 nochmals um knapp 74 %. Die Rückstände haben die 100.000-Fall-Grenze längst überschritten – übrigens Verfahren, die ohne Not vor deutschen Gerichten ausgetragen werden.

Sie wären nicht nötig gewesen, hätten sich Frau Merkel und die mit ihr verbundenen Dienststellen an geltendes Recht gehalten.

Herr – nicht vorhandener – Ministerpräsident Laschet, ich schlage vor: Wenn Sie nächstes Mal nach Berlin fahren, um sich Ihr Fleißkärtchen für nichts abzuholen, veranlassen Sie doch lieber, dass Ihre Frau Merkel endlich aus den Puschen kommt und Rückführungsabkommen abschließt, die belastbar sind.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie dann in Berlin sind, kommen Sie sicher auch am Breitscheidplatz vorbei. Sie wissen schon, das ist der Platz, wo der Weihnachtsmarkt stattfand, auf dem im Dezember 2016 der angeblich Schutzsuchende Anis Amri mit einem Lkw zwölf Menschen ermordete. Das ist kein Spaß. Der Weihnachtsmarkt ist inzwischen, wie so viele andere, abgesichert mit Maschendraht, versenkbaren Sperrern und Betonbarrieren.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Viele der Besucher werden sich vorkommen wie Hühner in Käfighaltung, nur mit einem Unterschied: Die Käfighaltung für Hühner wurde abgeschafft, die für Weihnachtsmarktbesucher eingeführt.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, durch Rückführungsabkommen mit Drittländern werden zusätzliche Haftkapazitäten frei.

(Michael Hübner [SPD]: Mein Gott, ist das peinlich!)

Die werden auch dringend benötigt, da die Justiz vor weiteren großen Aufgaben steht. Dabei geht es nicht um Schwarzfahrer, sondern es geht um Verbrechen, die in Nordrhein-Westfalen nicht verfolgt werden. Aus diesem Grund habe ich Herrn Innenminister Reul in der vergangenen Woche angezeigt.

In Nordrhein-Westfalen leben rund 10.000 weibliche Opfer von Genitalverstümmelung unvorstellbaren Ausmaßes und etwa 2.000 junge Mädchen, denen dasselbe Schicksal droht. Opfer ohne Täter, könnte man glauben. Obwohl das Strafgesetzbuch die Verstümmelung weiblicher Genitalien seit 2013 als Verbrechenstatbestand führt, gab es in Nordrhein-Westfalen bis Mitte dieses Jahres nach meiner Kenntnis kein einziges Ermittlungsverfahren – kein einziges!

Herr – immer noch nicht vorhandener – Ministerpräsident Laschet, Sie haben ganz offensichtlich Ihren Laden nicht unter Kontrolle, oder Sie wollen hier nicht tätig werden. Es ist uns unerklärlich, warum Ihr Innenminister Reul – auch nicht da –, der inzwischen durch die AfD auf die Zustände, die in seinem Ressort herrschen, hingewiesen wurde, bislang keine sichtbaren Taten hat folgen lassen. Wo bleiben die Ermittlungsverfahren? Sogar Hessen hat im Jahr

2016 über 572 Fälle verfolgt. Diese Problematik ist dringend aufzuarbeiten. Es handelt sich nicht ohne Grund um Verbrechenstatbestände.

Wir gehen zudem davon aus, dass bei eingeleiteten Ermittlungen noch viel mehr ans Tageslicht kommen wird. Ich denke dabei an diejenigen Kinderärzte und Mitarbeiter von Jugendämtern, die trotz Kenntnis der Sachverhalte keine Strafanzeige gestellt haben. Auch sie könnten sich strafbar gemacht haben. – Daher muss dringend nachgebessert werden, indem sofort Stellen für Sonderstaatsanwaltschaften und zusätzliche Strafrichter geschaffen werden.

Da inzwischen ganz offenbar geworden ist, dass diese Landesregierung nicht in der Lage ist, den Problemen in der Justiz Rechnung zu tragen, lehnen wir folgerichtig auch den Justizhaushalt ab. – Guten Tag!

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach, Minister der Justiz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der Debatte zum Justizhaushalt macht deutlich, dass wir mit dem Entwurf des Einzelplans 04 den richtigen, zukunftsorientierten Weg, den wir im letzten Jahr begonnen haben, fortsetzen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Davon sind übrigens nicht nur ich und die Vertreter der die Regierung tragenden Fraktionen überzeugt; denn erfreulicherweise haben auch die meisten der Experten, die sich zum Entwurf des Haushalts geäußert haben, diese Einschätzung geteilt.

Diese Bestätigung und Unterstützung hat mich besonders gefreut, weil wir mit dem von mir angestoßenen Investitionsprogramm zugunsten der Justiz in Nordrhein-Westfalen das seit Jahrzehnten größte Investitionsprogramm begonnen haben, es weiterführen und auch in der Zukunft fortführen werden. Ich finde es sehr erfreulich, dass es zumindest in den fachlich kundigen Kreisen wahrgenommen worden ist. Von dieser Fachkunde zeugen manche Reden am heutigen Tag jedoch nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir waren sogar in der Lage, dieses Programm durch die inzwischen eingebrachte Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Haushaltsplans 2019 noch um einen besonders wichtigen Aspekt zu ergänzen. Das hat den Hintergrund, dass das Bundesverfassungsgericht Ende Juli 2018 mit zwei Entscheidungen auf die strengen Anforderungen für die Durchführung

von Fixierungen von Patienten in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung hingewiesen hat. Für die Grundrechte der Betroffenen ist diese Entscheidung von ganz erheblicher Bedeutung.

Um der Entscheidung angemessen Rechnung zu tragen, müssen insbesondere bei den Amtsgerichten die hochengagiert und verantwortungsvoll tätigen Richterinnen und Richter sowie die Servicekräfte personell verstärkt werden. Das muss schnell und schon mit Wirkung für das kommende Jahr geschehen.

Deswegen haben wir schnellstmöglich reagiert, und wir schlagen Ihnen als ersten Schritt für den Haushalt 2019 die Einrichtung von 50 neuen Planstellen für Richterinnen und Richter sowie von 50 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei den Amtsgerichten vor. Sollte es notwendig werden, werden wir daran auch im Haushalt des kommenden Jahres deutlich weiterarbeiten.

Jetzt kommt das Erfreuliche. Die Betroffenen, die Richterinnen und Richter bei den Amtsgerichten, haben gesagt: „Wir wissen nicht, was auf uns zukommt, aber wir merken eines, nämlich dass diese Regierung uns nicht vertröstet, nach dem Motto: ‚Wir beobachten mal, was passiert‘, um dann zu handeln, sondern dass diese Regierung direkt 100 Stellen eingestellt hat. Und damit fühlen wir uns verstanden. Sie wissen, was sie von uns erwarten. Und umgekehrt wissen wir, was wir von ihnen erhoffen können.“ – Das ist der richtige Weg, und nicht Ihr Herumpalavern, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Bongers, ich verstehe, dass Sie angesichts des Ausmaßes der von dieser Landesregierung nach nicht einmal zwei Jahren erzielten Erfolge bei der Stärkung der personellen und finanziellen Ausstattung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen langsam nervös werden.

(Lachen von der SPD)

Dass Sie das gar nicht hören wollen, verstehe ich sehr gut. Außer Ihnen ist sonst keiner mehr da. Wo ist denn Herr Wolf, der sonst so flammende Reden hält? Wo ist Ihr Fraktionsvorsitzender, der das Amt vor mir innehatte und seitdem nicht mehr verantwortlich ist?

(Michael Hübner [SPD]: Wo ist Herr Laschet, wenn das so wichtig ist? Was soll das denn, Herr Kollege? – Weitere Zurufe)

– Herr Laschet, liebe Kollegen, kritisiert nichts – der hilft, der stützt die Maßnahmen, die wir Ihnen anbieten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Das ist doch albern, was Sie da

machen! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke – Michael Hübner [SPD]: Wir haben das nicht aufgeworfen! Kollege Biesenbach hat das aufgeworfen!

Ihre Aufregung kann doch nur dahin gehend verstanden werden, dass die, die angeblich sachkundig sind, gar nicht hören wollen, was ich Ihnen vielleicht noch zu sagen habe.

(Michael Hübner [SPD]: Was soll die Unterstellung, die „angeblich sachkundig“ sind? Das ist doch nicht in Ordnung!)

Sie haben doch die Hoffnung, Sie könnten gemeinsam mit uns ...

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Wollen Sie gleich sprechen, oder kann ich noch weitermachen? Vielleicht hören Sie mal zu! Ich beschimpfe Sie doch gar nicht. Ich teile nur mit, dass die Hoffnung, ...

(Michael Hübner [SPD]: „Angeblicher Sachverstand“! – Angela Lück [SPD]: Das ist schon sehr grenzwertig!)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte!

Peter Biesenbach, Minister der Justiz: ... die sich vielleicht im letzten Jahr abzeichnete, Sie könnten diesen Kurs mittragen, leider enttäuscht wird. Das kann ich auch verstehen.

Statt zu sagen: „Wir machen mit, wir gehen diesen Weg gemeinsam“, auch unter dem Aspekt des Pakts für den Rechtsstaat, den Ihre Parteigenossen Barley und Scholz in Berlin so massiv vor sich hertragen, haben Sie sich entschieden, weiter einer konstruktiven Mitarbeit die Zustimmung zu verweigern. – Gut, das mögen Sie tun. Trotzdem werden wir diesen Weg weiter gehen.

Damit komme ich zu Ihren Gedanken. Es war ja toll, was ich von Ihnen an Alternativen gehört habe. Da ist einerseits die Klage: Es fehlen Köpfe. – Na klar, aber die kriegen wir noch.

(Zuruf von der SPD)

Herr Engstfeld, das war wirklich klasse, hier mal aufzuzeigen, was besser in eine andere Debatte gepasst hätte. Haben Sie sich auch nur einmal gefragt, woher denn die von Ihnen beklagte marode Bausubstanz kommt? Wir sind seit Juni/Juli letzten Jahres an der Regierung. Wann ist das alles denn entstanden?

(Michael Hübner [SPD]: Zwischen 2005 und 2010!)

Wer hatte nicht nur sieben Jahre, sondern einige Jahrzehnte Zeit, an dieser Bausubstanz etwas zu tun?

Wenn Sie diesen Finanzminister einmal fragen, unter wie viel Tränen er zugestehen musste, ...

(Michael Hübner [SPD]: Der ist doch gar nicht da! Welchen denn?)

– Das war ein bisschen einfallslos, oder?

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Er musste zugestehen, dass Ihr Modernisierungsprogramm für die Justizvollzugsanstalten nicht mal das Papier wert war, auf dem es stand. Damit wir überhaupt arbeiten konnten, haben wir die Ansätze fast verdoppeln müssen, und zwar auf mehr als 1,7 Milliarden Euro.

Und Sie beklagen die Bausubstanz? In welcher Zeit mussten denn in Münster wegen statischer Gefahren Anstalten geschlossen werden? Wer hat Anstalten in der Hoffnung geschlossen, wir würden weniger Strafgefangene haben, obwohl damals schon bekannt war, dass sich die Zahl jährlich um 1 % erhöht?

(Michael Hübner [SPD]: Wer hat zwischen 2005 und 2010 nichts getan?)

Gehen wir ein Stückchen weiter: Bausubstanz, Legionellen, allgemeiner Zustand – ist das alles in den letzten Monaten aufgetreten? – Nein! Deswegen sollten Sie jetzt nicht so laut tönen! Wir haben jetzt Ihre Versäumnisse, Ihre Mängel zu beseitigen. Und das werden wir heftig tun!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben in den Haushalt 2018 sowie in den kommenden Haushalt natürlich weitreichende personelle Verstärkungen eingebaut, die dringend benötigt werden. Wissen Sie, wer das mitträgt? Wissen Sie, wer sagt: „Diese Regierung macht das richtig“? Das sagen die Betroffenen, die jetzt wissen, dass wir daran arbeiten, ihnen zu helfen.

Wenn Sie uns fragen, warum wir all die Stellen noch nicht besetzt haben, gebe ich Ihnen auch darauf eine ganz simple Antwort: Sie würden diese Stellen vielleicht schon besetzt haben, wir aber wollen sie qualitativ hochwertig besetzen. Wir weichen von unseren Ansprüchen an die Qualifikation der Bewerber nicht zurück, auch wenn es einige Monate länger dauert, bis wir die Stellen besetzt haben.

Ab Januar nächsten Jahres werden wir damit beginnen, eine große Kampagne zur Nachwuchsgewinnung auf den Weg zu bringen. Von all dem war bei Ihnen nie die Rede. Deswegen weiß ich auch gar nicht, was Sie hören wollen. Die Bilanz Ihrer Zeit wollen Sie nicht hören, denn die sieht grottenschlecht aus. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, statt hier herumzutönen und zu erklären, wie der Rechtsstaat Ihrer Meinung nach auszusehen hat.

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grunde sage ich Ihnen noch einmal: Wir haben im neuen Haushalt einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der finanziellen und personellen Ausstattung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen gelegt. Auch damit werden wir die Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierten Personals für die Justiz deutlich intensivieren.

Frau Bongers, Sie teilen mit, dass eine Gewerkschaft möglicherweise anderer Meinung wäre. Das liegt aber nicht daran, dass unsere Pläne falsch sind, sondern daran, dass die Gewerkschaft ihre Interessen vernachlässigt sieht. Aber auch sie wird sich dem Wettbewerb stellen müssen, und dann werden wir schon in den nächsten Monaten merken, wie sich alles verbessert. Viele Alternativen habe ich von Ihnen jedenfalls nicht gehört. Auch das ist der deutliche Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher schließe ich die Aussprache und lasse über den Einzelplan 04 abstimmen.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Vorsitzender, Sie haben gesagt, dass es in der Mittagspause keine Abstimmungen geben soll!)

– Entschuldigung! Es findet keine Abstimmung statt, weil es eine Pause gibt.

(Michael Hübner [SPD]: Wir helfen gerne als Opposition!)

– Super! Ich fühle mich gut vertreten. Die Abstimmung führen wir nach 14 Uhr durch.

(Michael Hübner [SPD]: Bei mir das immer gut aufgehoben!)

Ich darf dann aufrufen:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

a) Kinder, Familie und Jugend

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4407.

Wir sprechen zunächst über den Bereich Familie, Kinder und Jugendliche. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Kollegen Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, auch auf der Besuchertribüne! Jeden Euro, den wir für unsere Kinder, unsere Jugendlichen bzw. für unsere Familien einsetzen, erhält die Gesellschaft mehrfach wieder zurück. Eine bessere Zukunftsinvestition kann es überhaupt nicht geben. Blickt man jedoch in diesen Haushalt, so ist von Zukunft nicht viel zu sehen. Was Sie uns vorlegen, ist ein klassischer Übergangshaushalt ohne Mut und ohne eigene Akzente.

Sie halten die Pausentaste gedrückt. Das erkennt man insbesondere bei der Reform der Kitafinanzierung, die ein weiteres Jahr aufgeschoben wird. Diesem Verschrauben bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes könnte man mit sehr viel Wohlwollen noch etwas Positives abgewinnen, wenn man denn wüsste, dass danach etwas Großes, etwas Besseres kommt. Doch was das sein könnte, ist seit Regierungsantritt das bestgehütete Geheimnis des Familienministers.

Was sind Ihre Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten auf die Problemlagen von Alleinerziehenden? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten, um Familien finanziell zu entlasten? – Das gehen wir, wenn überhaupt, später an. – Ihre Standartausrede lautet: Unter der Vorgängerregierung wäre gar nichts passiert. Sie würden das jetzt ganz in Ruhe machen. So schnell gehe das alles nicht.

Ist das so? – Werfen wir einen Blick zurück. Unter Hannelore Kraft hatte die Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits ein eigenes Programm für mehr Kitaplätze aufgelegt. Wir haben eine zusätzliche U3-Pauschale eingeführt und den Betreuungsschlüssel für die Kleinsten verbessert. Wir haben die Mittel für die Familienzentren erhöht und ein Programm für mehr Auszubildende in den Kitas geschaffen.

(Beifall von der SPD)

Das alles ist möglich in eineinhalb Jahren.

Da sind wir aber nicht stehengeblieben. Wir haben den Bildungsbegriff im KiBiz definiert und das unsägliche Delfin 4 abgeschafft. Wir haben plusKITAS eingeführt und die Sprachförderung verbessert. Wir haben Geld für Hauswirtschaftskräfte zur Verfügung gestellt und mit den Kommunen größere Steigerungen der Kindpauschalen verabredet. Und wir haben gezielt Familien entlastet: Das letzte Kitajahr ist beitragsfrei.

(Beifall von der SPD)

Am Ende unserer Regierungszeit war der Topf für die Kitas von 1,1 Milliarden Euro auf mehr als 2,5 Milliarden Euro angewachsen. Das bedeutet eine Steigerung der Landesgelder um mehr als 125 %. Die Leistungsbilanz der SPD-geführten Vorgängerregierung

Minuten 20 Sekunden überzogen hat, damit sich die anderen Fraktionen darauf einstellen können, falls es weiteren Redebedarf gibt. – Frau Düker hat jetzt die Gelegenheit zur Kurzintervention.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön. – Herr Minister, sorry – aber Sie haben meine Frage nicht beantwortet bzw. so beantwortet, dass sie weitere Fragen aufwirft.

Noch einmal der Sachstand: Sie haben in Ihrer Ergänzungsvorlage und im Haushalt 2019 ...

(Unruhe)

– Hören Sie mir doch einfach mal zu: Ihnen fehlen 332 Millionen Euro, und ich finde, dass Sie mir die Antwort schuldig sind, wo Sie diese hernehmen wollen. Sie haben 332 Millionen Euro von der Integrationspauschale in Ihrem Haushalt als Einnahme verbucht und auch verbraucht.

Wenn jetzt die Koalitionsfraktionen hingehen – ich kann Ihnen gerne Ihre Anträge vorlesen – und sagen, dass Sie anstatt 100 Millionen Euro 432 Millionen Euro an die Kommunen weitergeben und dabei auf den in Ihrem Haushalt ausgewiesenen Ansatz verweisen, dann heißt das übersetzt: Sie haben eine Lücke von 332,8 Millionen Euro, wenn man korrekt sein will.

Das bedeutet, dass Sie bereits verbuchte Einnahmen verlagert haben. Sie sagen aber nicht, wer diese Zeche zahlen soll. Deswegen frage ich noch einmal: Woher nehmen Sie das Geld? – Sie haben geantwortet: aus der Rücklage.

Jetzt kommt aber ein Problem, bei dem ich mich frage, wie Sie das rechnen wollen: Sie haben im Haushalt 2018 eine Rücklage von 365 Millionen Euro gebildet. Damit die ganzen Wohltaten gedeckt werden können, die Sie als Koalitionsfraktionen über das ganze Land verteilen, brauchen Sie schon 150 Millionen Euro aus der Rücklage. Das ist auch als Entnahme hier etatisiert. Das können Sie alles nachlesen. Da steht nichts von der Deckung mit der Integrationspauschale.

Wie kommen Sie jetzt zu diesem Verweis auf die Rücklage, der alles noch unklarer macht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Düker. – Ich gehe davon aus, Herr Minister, dass Sie vom Platz aus antworten werden ...

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Wie Sie möchten!)

– Nein, nein, wie Sie möchten, nicht wie ich möchte. Beides ist möglich. Sie haben sich eingedrückt, also schalte ich Ihnen das Mikrofon frei.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Ich habe hohen Respekt vor diesem Hause; deswegen habe ich das so angeboten und gefragt, wie Sie das gerne haben möchten.

Frau Kollegin Düker, das ist doch gar kein Problem. Wir haben hier drei Lesungen, und Sie werden zur dritten Lesung dazu eine überzeugende Antwort von uns bekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aah! – Stefan Kämmerling [SPD]: Ungehörig! Das geht gar nicht! – Monika Düker [GRÜNE): Die Rücklagen werden nicht reichen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war die Antwort des Ministers auf die Kurzintervention. Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen? Die Redezeit ist ja vorhanden. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 07.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wir stimmen jetzt erst über die beiden Teilbereiche des Einzelplan 07 ab und holen dann die Abstimmung über den Einzelplan 04 nach.

Einzelplan 07: Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4407, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Das umfasst die beiden Teilbereiche. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Beim fraktionslosen Abgeordneten Langguth.

Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit die Beschlussempfehlung angenommen und somit der **Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.**

Wir holen jetzt die Abstimmung zum Einzelplan 04 nach. Das ist der Einzelplan des Ministeriums der Justiz. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4404, den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Auch hier kommen wir damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Die Enthaltung ist

demzufolge wieder beim fraktionslosen Abgeordneten Langguth.

Damit ist **Einzelplan 04 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.**

Damit haben wir auch die nachzuholende Abstimmung durchgeführt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4402.

Wir haben vier Teilbereiche. Ich rufe als ersten Teilbereich auf:

a) Staatskanzlei

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute komme ich wieder einmal in den Genuss, eine Haushaltsrede halten zu können; denn ich vertrete meine Kollegin Frau Müller-Witt. Ich beschränke mich dabei auf die Gebiete des Hauptausschusses, die nach dem Neuzuschnitt der Kompetenzen noch übrig geblieben sind, das heißt vor allem auf das Kapitel 02 010 aus dem Einzelplan des Ministerpräsidenten.

An den Anfang stelle ich ein Lob für die Landesregierung zur Schaffung und Besetzung des Amtes einer nordrhein-westfälischen Antisemitismusbeauftragten. 73 Jahre nach dem Ende der Shoah machten zunehmende antisemitische Äußerungen und Straftaten gegen unsere jüdischen Mitbürger diesen Schritt notwendig.

Nachdem bereits auf der Bundesebene ein Antisemitismusbeauftragter berufen worden war und sich auch in Nordrhein-Westfalen entsprechende Stimmen mehrten, hat die SPD-Fraktion die Initiative ergriffen und ist auf die anderen demokratischen Fraktionen zugegangen. Letztlich hat das Parlament einstimmig die Landesregierung beauftragt, dieses Amt einzurichten. Selbstverständlich tragen wir als SPD-Fraktion die Personalstellen und die Sachmittel für dieses Amt mit.

Damit komme ich auch schon vom Lob zur Kritik. Die Haushaltsberatungen gelten als parlamentarische

Königsdisziplin. Auch wenn der letzte preußische König vor 100 Jahren verjagt wurde und wir seit 72 Jahren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben, ist es Aufgabe des Parlaments, darauf zu achten, dass die Ausgaben der Regierung nicht königliche Ausmaße erreichen.

Ministerpräsident Laschet hat in seiner Regierungserklärung Maß und Mitte zum Motto seiner Amtszeit erhoben.

(Zuruf von der SPD: Mittelmaß!)

Prüfen wir also, wie maßvoll sein eigener Etat ist. Die Gesamtausgaben im Kapitel 02 010 steigen um etwas mehr als 3 Millionen Euro auf 73,72 Millionen Euro an. Das entspricht 4,3 %.

Den weitaus größten Anteil an der Steigerung haben die Personalausgaben. Seit der Regierungsbildung wurden immer wieder neue Stellen geschaffen. Im Jahr 2017 waren es 17, im Jahr 2018 waren es 25, und nun werden weitere 18 Planstellen in diesem Bereich beantragt.

Ursächlich für den Personalaufwuchs sind Umsetzungen und neue Aufgaben der Staatskanzlei. Dabei konnten bisher noch nicht einmal alle Stellen besetzt werden, wie zum Beispiel im Fall des Referats „Gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung“, dessen Aufgabe immer noch unklar ist.

Ich erinnere mich noch gut an den Kollegen Jostmeier von der CDU, der bei seiner letzten Haushaltsrede unter der rot-grünen Regierung kritisierte – ich zitiere –: „Die Landesregierung weitet das Stellen-Soll massiv aus. Es findet keine Aufgabenkritik statt.“ – An anderer Stelle sagte er – Zitat –: „Noch nie hat sich eine Landesregierung so deutlich mit Personal ausgestattet.“

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, diese Vorwürfe fallen heute auf die schwarz-gelbe Landesregierung zurück.

(Beifall von der SPD)

In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen sind Ihnen in kürzester Zeit Maß und Mitte abhandengekommen.

(Beifall von der SPD)

Doch nicht nur die Personalausgaben laufen aus dem Ruder. Die Umressortierung von Ministerien und insbesondere der Umzug der Staatskanzlei verursachten ebenfalls hohe Kosten. Geplant waren Umzugskosten in Höhe von 500 Euro pro Mitarbeiter. Tatsächlich lagen die Kosten dann bei 700 Euro pro Mitarbeiter. Auch der Umzug der Server- und IT-Technik hat sehr viel mehr gekostet als zunächst angesetzt war.

Die nächsten Ausgaben stehen bereits ins Haus. Im Hauptausschuss haben der CdS und der Architekt